

Diakonie Deutschland | Postfach 40164 | 10061 Berlin
Deutscher Caritasverband e.V. | Postfach 420 | 79004 Freiburg i. Br.

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.



Berlin, 01.10.2024

**Geplante Haushaltskürzung im Bundesaufnahmeprogramm
Afghanistan**

Deutscher Caritasverband e. V.

PD Dr. Andrea Schlenker
Stellvertretende Bereichsleitung und
Referatsleitung Migration und
Integration

Karlstraße 40
79104 Freiburg
T +49 761 200- 375
F +49 761 200- 211
Andrea.Schlenker@caritas.de
www.caritas.de

Sehr geehrter/geehrte [REDACTED]

vor dem Hintergrund der laut Haushalts-Kabinettsbeschluss geplanten Kürzungen im Titel Resettlement und Humanitäre Aufnahme im Einzelplan des Bundesinnenministeriums (Titel 684 61 - 219) von 70,5 Millionen im Jahre 2024 auf 8,9 Millionen Euro im Jahre 2025 möchten wir gerne unsere Einschätzung mit Ihnen teilen.

Von den geplanten Kürzungen wäre v.a. das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan (BAP) betroffen, sodass dessen Fortgang insgesamt in Frage gestellt ist.

Das Bundesaufnahmeprogramm wurde gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgebaut. Auch die Beratungsdienste von Diakonie und Caritas tragen als meldeberechtigte Stellen zusammen mit anderen Organisationen und der eingerichteten zivilgesellschaftlichen Koordinierungsstelle in erheblichem Maße zur fortlaufenden Umsetzung des Programms bei.

Die Bundesregierung versprach mit ihrem 2022 gestarteten Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan, besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan und deren Familienangehörige in einem geordneten Verfahren aufzunehmen und diesen Schutz zu bieten. Laut Aufnahmeanordnung des Bundes für das BAP Afghanistan vom Dezember 2022 sollten monatlich bis zu 1.000 Aufnahmезusagen erteilt werden. Mit einer angekündigten Laufzeit bis zum Ende der Legislaturperiode im September 2025 war eine Aufnahme von bis zu

36.000 schutzbedürftigen Menschen geplant, darunter Menschen, die sich in den Bereichen Justiz, Politik, Medien, Bildung, Kultur, Sport oder Wissenschaft besonders exponiert haben und deshalb individuell gefährdet sind. Sie leben unter lebensgefährlichen Bedingungen in Afghanistan und halten sich zum Teil seit drei Jahren vor der Verfolgung der Taliban versteckt.

Mit vielen deutschen und europäischen Initiativen und Projekten wurden bis zur Machtübernahme der Taliban diese Menschen ermutigt, sich für Bildung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzusetzen. Stand 19. September 2024 sind in diesem Rahmen bisher nur 682 Personen nach Deutschland eingereist, etwa dreitausend Personen wurden Aufnahmezusagen erteilt. Mehrere tausend aussichtsreiche gemeldete Fälle von Schutzsuchenden befinden sich noch in Bearbeitung.

Alle haben auf die Zusagen der Bundesministerien vertraut. Gerade mit Blick auf die vielen bereits erteilten Aufnahmezusagen und den großen Anteil von noch zu prüfenden Fällen von Schutzsuchenden im Support-Tool der Koordinierungsstelle, würde eine gänzlich unerwartbare drastische Haushaltskürzung für dieses politisch sensible Programm mit der möglichen Konsequenz seiner frühzeitigen Beendigung schwerwiegende Folgen für die Schutzsuchenden haben.

Angesichts der anhaltenden Gefährdungssituation und der humanitär dramatischen Lage in Afghanistan bedroht jede weitere Verzögerung bei den Aufnahmen Menschenleben ganz unmittelbar.

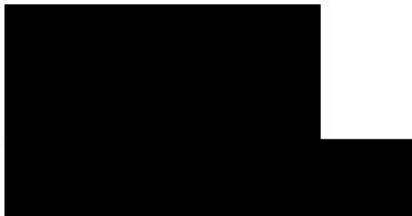
Das Bundesaufnahmeprogramm gewinnt gerade an Fahrt; durch die bisher erfolgten staatlichen Investitionen wurden Strukturen aufgebaut, die bei vorzeitiger Einstellung des Programms ins Leere ließen. Auch deshalb ist aus unserer Sicht eine Beendigung vor Ende der Legislaturperiode nicht begründbar.

Für den Fall, dass das Aufnahmeprogramm, allen unseren großen Bedenken zum Trotz, vorzeitig eingestellt würde, müssten zumindest bereits erteilte Aufnahmezusagen unbedingt eingehalten und die verbleibenden Verfahren und Ausreisen auch im Jahre 2025 verlässlich finanziert werden. Für einen geordneten Abschluss des Programms müssten die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, damit die für das Programm bereits gemeldeten Fälle noch verlässlich bearbeitet und geprüft werden können und eine Aufnahme der Schutzsuchenden ermöglicht werden kann.

Wir bitten Sie daher, diese Erwägungen bei den weiteren Haushaltsverhandlungen zu berücksichtigen.

Gerne stehen wir Ihnen zur Beantwortung von Fragen oder für ein tiefergehendes Gespräch zur Verfügung, um nähere Inhalte zu besprechen.

Mit freundlichen Grüßen,



Andrea Schlenker

PD Dr. Andrea Schlenker
Stellvertretende Bereichsleitung und
Referatsleitung Migration und
Integration